

## ANFRAGEN an den Bürgermeister

### 1) Maßnahmen gegen Straßen-WerberInnen

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um Maßnahmen gegen Straßen-WerberInnen beziehungsweise gegen Maßnahmen gegen diese Unsitte, die sich vor allem jetzt in den letzten Sommerwochen hier in Graz vor allem in der Herrengasse abgespielt hat. Zum Thema selber, es ist unbestritten, glaube ich, dass Menschenrechtsorganisationen, Tierschutzvereine, karitative Einrichtungen für ihre wichtige Arbeit Geld brauchen, und dass diese Organisationen für Mitglieder, für Spenden werben müssen, dafür hat sicher auch jede und jeder Verständnis. Auf weniger Verständnis – vor allem bei den betroffenen PassantInnen – stößt jedoch der Umstand, dass speziell in den vergangenen Monaten der Marsch durch die Herrengasse schon beinahe zu einem Spießrutenlauf geworden ist: Fast an jeder Eck warten irgendwelche – zumeist bezahlte – Werberinnen und Werber, um für irgendwelche Vereine Jahresmitgliedschaften an den Mann oder an die Frau zu bringen; und dies, um es vornehm auszudrücken, in einer sehr beharrlichen, um nicht zu sagen aufdringlichen Art und Weise.

Dass sich Passantinnen und Passanten darüber verärgert zeigen, weil sie sich belästigt fühlen, ist, glaube ich, auch jedem klar. Doch nicht nur das: Jene Organisationen und Einrichtungen, ich nenne da jetzt nur als ein Beispiel For Animals, die für ihre Informations- und Werbetätigkeit um eine offizielle Genehmigung ansuchen, müssen sich regelrecht gefoppt vorkommen. Denn wer, wie eben beispielsweise dieser Verein, einen Infostand beantragt, muss dafür nicht nur bezahlen, sondern erhält überdies als Auflage, dass „die Begründung von Rechtsgeschäften, die Einleitung beziehungsweise Anbahnung, Abänderung, Auflösung und Ähnliches von Rechtsgeschäften“ (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) verboten ist. Im Klartext: Wer genehmigter Weise wirbt, darf keine Mitgliedschaften verkaufen, wer ohne Genehmigung wirbt, dürfte das zwar sicherlich auch nicht tun und lassen, was er will, er tut es trotzdem. Weil es keinerlei Kontrollen in diesem Sinn gibt und es ein Missstand in doppeltem Sinn ist, der zu

Lasten der Passanten und Passantinnen und vor allem auch der korrekt vorgehenden Vereine und Organisationen geht, darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

richten, ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, diesem Missstand entgegenzuwirken und eine verstärkte Kontrolle der Werberinnen und Werber beziehungsweise geeignete Maßnahmen gegen diesen Wildwuchs an Keilertum zu veranlassen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Herr Gemeinderat. Gleich auch eine Antwort von mir dazu, die Herrengasse ist und sollte auch möglichst die Vorzeigestraße von Graz bleiben. Es gibt bei der Nutzung genau dieser zentralen Straße mehrere Punkte, die wir endlich lösen sollten, nachdem wir einen Schritt, nämlich die Sanierung der Gleise der GVB, heuer im Sommer einmal abgeschlossen. Ich sage gleich dazu, dass der südliche Teil der Herrengasse sowohl von der alten Pflasterung als auch jetzt neben den Gleisen in einem Zustand ist, über den wir sicherlich demnächst wieder reden werden müssen, weil da wackeln schon wieder viele Steinplatten. Immer wieder störend, vor allem aber auch die von Ihnen angesprochenen Keiler, Straßenmusiker, die keinen wirklichen Zugang zur Musikalität haben, die Bettlerproblematik, vor allem aber auch, was Kinder und Jugendliche anbelangt, aber genauso Schütten, Kleiderstände, diverse Geschäfte, die zu weit in die Straße hinausstehen, sodass es auch selbst für einen Blinden schon kaum mehr möglich ist oder für eine Blinde möglich ist, durch die Herrengasse zu kommen, ohne über irgendetwas drüberzustolpern. Das angesprochene Thema, habe ich, wie Sie, Herr Gemeinderat, wahrscheinlich auch im Sommer mitbekommen haben, auch einmal thematisiert, weil Kollege Thomas Rajakovics einmal zwischen Hauptplatz und Jakominiplatz 12 verschiedene Organisationen gezählt hat, die entweder etwas verteilt haben oder gekeilt haben. Auch wenn es nicht direkt ein Sicherheitsthema ist, kann ich anbieten, dass wir auch in unserem Arbeitskreis Sicherheit das Thema noch einmal mit der Polizei besprechen, weil Sie richtigerweise auch wieder sagen, es

geht auch immer wieder darum, wer kontrolliert denn tatsächlich auf der Straße. Jetzt komme ich ein bisschen zur juristischen Geschichte, also es geht um die Kontrolle, ob tatsächlich an einem Infostand und in unmittelbarer Nähe informiert wird beziehungsweise ob wohl kein Geschäft, das ist zum Beispiel auch eine Unterschrift für einen Dauerauftrag zugunsten einer Organisation, angebahnt wird, das ist nämlich untersagt. Das Thema gehört auch zum großen Bereich, was wollen wir wann, wo, wie und wo auf diversen Plätzen und Straßen haben, mit dem müssen wir uns auch noch beschäftigen, nachdem einige Plätze ja jetzt auch fertig geworden sind. Denn sollte ein Stand nicht die Verkehrssicherheit gefährden, ist er nach § 82 der Straßenverkehrsordnung zu genehmigen. Daher könne die Stadt in Zukunft ein entsprechendes Entgelt vorschreiben, was einige veranlassen würde, dann auf die Keilerei zu verzichten. Also im Moment haben wir rechtliche Probleme, vielleicht können wir es durch Entgelt und stärkere Kontrollen dann auch lösen, aber ich bin gerne bereit, dieses Thema, das Sie auch wieder thematisiert haben, weiter aufzugreifen und hoffe, dass wir da gemeinsam auch Erfolge erzielen werden (*Applaus ÖVP*).

## 2) Trinkbrunnen

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wasser ist das bedeutendste Element der Menschheitsgeschichte, es ist ein Symbol der Lebenskraft, der Reinigung und der Erneuerung und als Trinkwasser das kostbarste Lebensmittel. Welchen Stellenwert und welche Bedeutung Wasser vor allem im öffentlichen Raum für das Wohlbefinden der Menschen hat, sieht man nicht zuletzt in den Sommermonaten, wenn Brunnen, das Murufer oder die wenigen zugänglichen Grazer Bäche auf Erfrischung und Abkühlung suchende Menschen wie Magnete wirken.

Wir können uns diesbezüglich glücklich schätzen, denn Graz ist mit seiner österreichweit einzigartigen Trinkwasserqualität in einer privilegierten Lage. Umso verwunderlicher ist es, dass gerade der Zugang zum Trinkwasser im öffentlichen Raum sträflich vernachlässigt wird. Nicht einmal 30 öffentliche Trinkwasserbrunnen gibt es im gesamten Stadtgebiet. Linz zum Beispiel hat ungefähr 70 öffentliche Trinkwasserbrunnen, Salzburg hat 21 öffentliche Trinkwasserbrunnen. Kein einziger davon ist zum Beispiel am Grazer Schloßberg zu finden, wo tagtäglich hunderte GrazerInnen und TouristInnen hinpilgern, um Erholung zu suchen. Auch am Jakominiplatz, einem der meistfrequentierten und in den Sommermonaten am stärksten von Hitze betroffenen Grazer Plätze gibt es keinen Zugang zum Trinkwasser. So wie an diesen beiden Orten fehlen in vielen Grazer Bezirken auf Plätzen, auf Kinderspiel- und Bezirkssportplätzen sowie Schulhöfen Trinkwasserbrunnen.

Zwar hat es im Jahr 1997 nach der Ausschreibung eines Design-Wettbewerbes in Kooperation mit den Grazer Stadtwerken und der Fachhochschule Joanneum schon einmal eine städtische Initiative zu Errichtung von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet gegeben, jedoch endete diese mit der Installation von lediglich neun der preisgekrönten Brunnen.

Sowohl für die Attraktivität der Touristenstadt Graz als auch für die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer ist eine Initiative zur Errichtung von Trinkbrunnen im gesamten Grazer Stadtgebiet dringend nötig. Priorität als Standorte sollen der Schloßberg, der Jakominiplatz, die Bezirkssportplätze und die Kinderspielplätze haben.

Daher meine

### **A n f r a g e**

an Sie, Herr Bürgermeister,

werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Einvernehmen mit den Verantwortlichen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) der Grazer Stadtwerke –

Bereich Wasser bei den Budgetverhandlungen für das Jahr 2006 finanzielle Mittel für die Errichtung von Trinkwasserbrunnen für die im Motivenbericht genannten Standorte vorgesehen werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Gemeinderätin! Selbstverständlich, weil das Thema Wasser ist nicht nur mir, meiner Fraktion, aber ich glaube allen Grazer Gemeinderätinnen und Gemeinderäten eine Herzensangelegenheit. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass bei den Grazer Stadtwerken diese Initiative angelaufen ist, die wird auch weiterverfolgt werden. Wir haben gerade in den letzten beiden Jahren in Graz schon einige Trinkbrunnen errichten können an Laufstrecken, an Plätzen, sei es jetzt oben am Karmeliterplatz, bei unseren Radwegen und Laufstrecken, die wir in der Stadt haben und das muss so weitergehen, bis wir Spitzenreiter unter allen österreichischen Städten sind, was Trinkbrunnen...

***Zwischenruf GRin.Binder: 70 Brunnen hat Linz.***

Mag. **Nagl**: Ja ist das ist ja keine Problematik, wir streben das an und ich möchte auch noch einmal betonen und ihm gratulieren dazu, dass er das durchgezogen hat, das nämlich Kollege Eisel-Eiselsberg in Schulen dafür gesorgt hat, dass diese ganzen Kracherl raus sind und Wasserautomaten in die Schulen reingekommen sind (*Applaus ÖVP*). Ich glaube, das war eine ganz, ganz wichtige Initiative, ich werde das selbstverständlich unterstützen und auch mit den Stadtwerken, die dieses Programm ja auch freiwillig schon mitgetragen haben, dass wir das noch forcieren und stärken und auch die Plätze, die Sie kennen, uns bitte immer wieder zu sagen, wir wollen es schaffen. Wobei natürlich auch die Zuleitungsproblematik manchmal eine große ist, weil da oft sehr große Grabungen und teure Kosten auf uns zukommen, aber wie gesagt, anstreben sollten wir in dem Fall die Goldmedaille.

### 3) Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben

GRin. **Felbinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Preispolitik der Grazer Stadtwerke durch ihre Freizeitbetriebe führt dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird.

Die Eintrittspreise liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die so genannten Familienkarten stellen keine Alternative dar.

Im Folgenden möchte ich einen Preisvergleich der Eintritte mit der Bundeshauptstadt Wien anführen:

Eintrittsart	Graz	Wien
Tageseintritt Erwachsene	5,50 €	4 €
Tageseintritt Ermäßigte	3,50 €	3 €
Tageskarte Kinder und Jugendliche	6-16 Jahre: 3 €	7-14 Jahre: 1,50 € 15-18 Jahre: 2 €
Familienkarte: 1 Erwachsener + ein Kind	7 €	4,50 €
Familienkarte: zwei Erwachsene + bis zu zwei Kinder	13 €	9 €

Wie sie aus diesem Vergleich herauslesen können, unterscheidet das Tarifsystem der Freizeitbetriebe nicht zwischen Kindern und Jugendlichen in der Altersspanne zwischen 6 und 15 Jahren. Darüber hinaus kann man auch erkennen, dass die so genannten Familienpakete wesentlich teurer sind als in der Bundeshauptstadt.

Im Juli 2005 gaben Sie meiner Kollegin Elke Kahr die Zusage, dass Sie mit den Freizeitbetrieben Gespräche aufnehmen werden.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e :**

Haben Sie schon das Gespräch mit den Stadtwerken (Bereich Freizeitbetriebe) aufgenommen beziehungsweise, wenn es schon Gespräche mit den Stadtwerken gegeben hat, bis wann kann die Grazer Bevölkerung damit rechnen, dass die Preise nach unten korrigiert werden? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Die Situation ist leider so, wie Sie es beschrieben haben. Ich habe das schon mehrfach bei den Grazer Stadtwerken deponiert. Ich sage auch gleich dazu, wie Sie wissen, ist es eine Aktiengesellschaft, wo wir nicht weisungsgemäß irgend etwas beauftragen können, aber ich werde auch Ihre Anfrage wieder zum Anlass nehmen, da nachzuboahren. Ich bitte aber auch Sie, Ihren Vertreter Ihrer Fraktion im Aufsichtsrat damit einzuspannen, damit wir eine Verbesserung der Situation erzielen. Einverstanden? (*Applaus ÖVP*).

#### **4) Beschilderung der Wanderwege am Plabutsch**

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! An mich sind Beschwerden herangetragen worden, dass die Beschilderung der Wanderwege am Plabutsch verwirrend und insbesondere nicht ausreichend gegeben ist. Gewünscht wird vor allem auch eine Angabe der Dauer der Wegzeiten.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, diese Situation durch die zuständigen Stellen überprüfen zu lassen, damit in Folge eine Verbesserung der Beschilderung der Wanderwege erzielt werden kann? (*Applaus KPÖ*). Kurz und bündig.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wie am Standesamt.*

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **5) Schotter und Bauschuttzwischenlager der Firma Fink – Gradnerstraße**

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Firma Fink betreibt in Puntigam in der Gradnerstraße im unmittelbaren Bereich des Schulzentrums und Wohnbereiches einen Umschlagplatz für Bauschutt und Schotter .

Durch die Lagerung sowie An- und Abfahren von großen Mengen des sehr staubintensiven Materiales kommt es zu massiven Staub-, Lärm- und Schmutzbelästigungen der dort befindlichen Schule und des Wohnbereiches.

Auf Grund von laufenden Beschwerden von Anrainern und eigenen Wahrnehmungen vor Ort stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende



### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, bei den zuständigen Stellen des Magistrates in Ihrer Funktion als Bezirkshauptmann insbesondere dem Umweltamt und der Bau- und Gewerbebehörde eine Überprüfung der Einhaltung der erteilten Auflagen wie zum Beispiel die Einhaltung der Betriebszeit, Befestigung der Verkehrsflächen, Anzahl der erlaubten Lkw-Fahrten u.a. zu veranlassen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Sepp! In dieser leidigen Angelegenheit werden wir es noch einmal tun, noch einmal überprüfen, selbstverständlich.

GR. **Schmalhardt**: Danke, Herr Bürgermeister.

### **6) Mariatroster WaldorfschülerInnen**

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Mariatrost leben rund 16 Kinder, die in St. Peter in die Waldorfschule gehen. Der tägliche Weg in diese Schule ist für die Kinder ein beschwerlicher, sind sie doch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln über eine Stunde unterwegs und müssen noch dazu zweimal umsteigen. Bei diesen 16 Kindern handelt es sich um Kinder der ersten und zweiten Schulstufe, also ziemlich junge Kinder, denen man so einen beschwerlichen Schulweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum zumuten kann, also nicht kaum, meiner Meinung nach nicht zumuten kann. Gerade im Herbst und Winter, wo es in der Früh noch dunkel ist, wenn die Kinder außer Haus gehen, stellt das ein unzumutbares Risiko für

die Kleinen dar. So haben sich die Eltern an mich gewandt mit der Bitte (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), Sie um Hilfe zu fragen. Die Eltern haben mit einem Busunternehmer Kontakt aufgenommen, der bereit wäre, einmal am Tag die Kinder in die Schule zu führen, denn sie brauchen nicht abgeholt zu werden. Also es ginge nur um die Fahrt in der Früh in die Schule und dieser Bus würde für diese eine Fahrt 39,- Euro kosten. Die Eltern sind bereit pro Kind einen Euro dazuzuzahlen, also Kosten würde diese Fahrt dann letztlich 23,- Euro und ich denke, dass dieser Betrag durchaus für die Sicherheit der Kinder uns dieser Stadt auch wert sein soll.

Aus diesem Grund stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

### **A n f r a g e :**

Werden Sie sich dafür einsetzen, gemeinsam mit den betroffenen Eltern ein Lösungsmodell zu finden, das einen sicheren und leistbaren, morgendlichen Transport der Mariatroster WaldorfschülerInnen mit dem Schulbus sicherstellt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Binder! Ich schätze die Waldorfschulen und die Idee der Waldorfschulen wirklich. Es wird dort hervorragend auch pädagogische Arbeit geleistet, aber genauso schätze ich die Leistungen, die wir in unseren städtischen Schulen anbieten und die Lehrerinnen und Lehrer und Direktoren, die hier ihre Arbeit tun. Wenn jemand sein Kind in eine Schule gibt, die weiter weg ist, und das Angebot der öffentlichen Hand nicht in Anspruch nimmt, dann werden wir uns sehr schwer tun, alle privaten Wünsche dann auch wieder mit öffentlichen Geldern zu unterstützen (*Applaus ÖVP*). Ich sage bewusst dazu, wir können es uns anschauen, vielleicht schafft man da irgendwas, aber ich sage es Ihnen ganz ehrlich, auch bei den Diskussionen um unsere Budgets tun wir uns wahrscheinlich sehr schwer damit. Ich sage jetzt nicht gleich nein, aber das ist das Problem, wo wir im Moment wahrscheinlich nicht viel anbieten werden können, aber ich schaue es mir noch einmal genau an, vielleicht kann man irgendeine verbesserte Verbindung schaffen, ich werde das auch mit dem Kollegen Rüschi besprechen.

## 7) Statutenreform

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im November 2003 und im Mai 2004 haben die Freiheitlichen in dringlichen Anträgen den Vorschlag einer Reduzierung der Anzahl von Stadt- und Gemeinderäten eingebracht. Beide Anträge wurden mit Mehrheit abgelehnt. In dem Gremium zur Statutenreform wurde der Vorschlag unterbreitet, dass Informationen eingeholt werden, um mit anderen Städten Vergleiche ziehen zu können. Wie unsere Klubobfrau uns berichtet hat, ist seither nichts mehr geschehen und scheinen ÖVP und SPÖ auf der Bremse zu stehen.

Das Burgenland hat etwas mehr Einwohner als die Stadt Graz und kommt mit 36 Landtagsitzen aus, wir allerdings haben 56 Mandatare. Der neu gewählte steirische Landtag könnte noch rechtzeitig vor der Grazer Gemeinderatswahl die Statutenreform beschließen, ich halte es nicht für sinnvoll, wenn wieder ein Hinausschieben versucht wird, um über die Gemeinderatsperiode zu kommen und dann weitere fünf Jahre so weiterzumachen wie bisher.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, „Dampf“ zu machen, dass nicht nur durch die Schließung von Schulen gespart wird, sondern auch bei der Politik.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke vielmals. Wenn ich an die erste Zeitungsmeldung denke, die da gekommen ist, wo die Fraktion der Grünen gleich gemeint hat, sie sind mit einer Verkleinerung nicht einverstanden. Ich bin gerne wieder bereit, da Dampf zu machen, aber wir müssten halt irgendwann gemeinsam auch zu einem Ergebnis

kommen. Ich möchte auch in keinster Weise, und das ist quasi ein bisschen der Vorwurf da mit gewesen, einen Anschlag auf die Demokratien unserer Stadt tun. Und da werden wir uns noch einmal auseinandersetzen. Wir haben uns das sowieso vorgenommen, dass wir auch mit diesem Budgetpaket und bei den Einsparungsmaßnahmen selbstverständlich auch wieder Vorschläge bringen, wo die Politik selbst spart und nicht nur an anderen gespart wird.

## 8) Regionaler Beschäftigungspakt

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine dramatische Entwicklung am Arbeitsmarkt, das ist eigentlich den meisten hier herinnen auch bewusst. Die September-Zahlen aus der AMS-Statistik sprechen von einer Zunahme von 7,2 % im Bereich der Arbeitslosenstatistik. Wir haben in der Steiermark 28.937 arbeitslos gemeldete Menschen, 11.161 davon in Graz. Warum ich das heute zu meinem Schwerpunktthema mache, ist, um wieder einmal, was ich schon öfter probiert habe, auch die Rolle der Stadt in diesem Bereich stärker einzufordern. Aus einer Studie des KDZ zum Thema kommunale Beschäftigungspolitik in Österreich möchte ich ein bisschen zitieren, um noch einmal die Bedeutung der Rolle der Stadt in diesem Zusammenhang zu unterstreichen. Städte und Gemeinden können jedenfalls die Ursachen von Arbeitsmarktproblemen nicht, beziehungsweise nur in sehr begrenztem Umfang beeinflussen. Städte und Gemeinden können jedoch, und dies zeigen einige praktische Beispiele, durch eigene Maßnahmen positive Impulse für eine nationale Arbeitsmarktpolitik setzen und bundesweite Maßnahmen durch eigene Initiativen flankierend absichern und in Teilbereichen ergänzen. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten sind trotz allem stark begrenzt, weshalb eine eigenständige kommunale Beschäftigungspolitik, so gut auch immer diese gestaltet ist, eine solide Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes und auch der EU keinesfalls ersetzen kann. Ich sage das bewusst deshalb, weil wir wieder ein Phänomen erleben auf Bundesebene, dass es sehr schnell ganz

zufällig vor der nächsten Nationalratswahl einen Riesenpatzen Geld gibt, der schnell beschlossen wurde auf Bundesebene, um in der aktiven Arbeitsmarktpolitik etwas aufzupolieren, was insgesamt in den letzten Jahren sukzessive abgebaut wird. Also diese einmaligen Aktivitäten auf Bundesebene sind zum Beispiel nicht unbedingt für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik geeignet. Hier wird ganz offensichtlich schon Wahlkampf betrieben. Gleichzeitig, und da zitiere ich weiter, und das ist das zentrale Dilemma der Kommunen haben die Städte und Gemeinden vor allem mit den negativen Folgen der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu kämpfen, womit Arbeitslosigkeit als ökonomisches Phänomen dann zum kommunalpolitischen Problem wird. Menschen geraten an ihrem Wohnort in wirtschaftliche, aber vor allem auch soziale Not. Eine Ausgrenzung von Arbeitslosen wirkt sich auf Familie und Kinder aus und aus diesem Grund, weil das ja auch die Kommunen dann tragen müssen, sind sie gefordert, unmittelbar mit Maßnahmen zu reagieren. Jetzt gibt es seit dem Jahr 2000 aus dem Ziel-3-Programm der EU eine Maßnahme 6, die eine regionale territoriale Beschäftigungspaktinitiative gegründet hat mit dem Ziel, territoriale Beschäftigungspakte sollen also eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den AkteurInnen auf Bundes-, Landes- und eben auch Gemeindeebene geschaffen und ausgebaut werden. Und das Ziel, das in dieser Mitteilung der Kommission formuliert ist ist, die beschäftigungspolitischen Schwierigkeiten, Vorstellungen und Ziele aller regionalen AkteurInnen festzustellen, alle verfügbaren Mittel für eine Gesamtstrategie einzusetzen, die von allen Beteiligten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), AkteurInnen akzeptiert wird, den tatsächlichen Anforderungen entspricht und in einem territorialen Beschäftigungspakt festgeschrieben wird. Beschäftigungswirksame Aktionen besser zu bündeln und abstimmen zu können und entsprechende beschäftigungswirksame Maßnahmen durchzuführen. Den Pakt gibt es nun, den regionalen Beschäftigungspakt Graz und Graz-Umgebung gibt es schon seit dem März 2001 und wieder stelle ich mir da herinnen die Frage, welche Rolle die Stadt Graz im Rahmen dieses Paktes bisher und auch in Zukunft zu übernehmen gedenkt.

Deshalb, Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Wer vertritt derzeit die Stadt Graz im Regionalen Beschäftigungspakt Graz/Graz-Umgebung mit welchem Ziel, und wird es in näherer Zukunft einen Bericht an den Gemeinderat zum Pakt geben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, für diese Anfrage. Nachdem Sie auch ein bisschen ausgeholt haben im Motivenbericht, möchte ich auch eine Anmerkung machen, nachdem Sie einen Seitenhieb auf die Bundesregierung gemacht haben, so quasi man macht jetzt wieder schnell, schnell, man nimmt ein bisschen ein Geld und schaut, dass da wieder Beschäftigung passiert. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir stolz sein sollten auch die Beschäftigungsziffern und wir schönen gar nicht und gar niemals. Dass jeder Arbeitslose und jede Arbeitslose, die es gibt, eine Katastrophe ist und dass man da weiter hinarbeiten muss. Aber diese Wirtschaftspolitik und diese Arbeitsmarktpolitik in Österreich hat auch einen Beschäftigungsstand erreicht, den man durchaus gerne im Ländervergleich sich anschauen kann und ich tu das gerne, ich schaue selbstverständlich, weil wir es in Österreich nicht haben, gerne nach Deutschland und da habe ich auch gesehen, wo grüne Arbeitsmarktpolitik letztendlich hinführt, weil 1000 Beschäftigungslose pro Tag zusätzlich ist auch keine Kleinigkeit und deswegen habe ich das einmal sagen müssen. Wir in der Stadt Graz haben leider, und wer sich die Arbeitsmarktstatistik in unserer Stadt anschaut, haben auch leider durch einen sehr, sehr starken Zuzug, wir haben zwar sehr viele Jobs immer wieder geschaffen, aber selbstverständlich ist der Großraum Graz und diese Region hier ein besonderer Magnet, weil auch alle von auswärts, die keinen Job finden, einmal versuchen, hier einen zu finden und das erhöht uns immer gewaltig die Zahlen. Man muss sich ja auch das einmal mit einer Zuzuganalyse fast einmal herausrechnen. Wir haben, Gott sei Dank, den Regionalen Beschäftigungspakt Graz und Graz-Umgebung und ich möchte Ihnen jetzt gleich sagen, wer uns dort vertritt. Die Vertreter sind: Frau Gemeinderätin Dagmar Krampfl von der sozialdemokratischen Fraktion, es ist Herr Gemeinderat Georg Fuchs von der KPÖ und es ist für Graz-Umgebung, und die sind alle vom Vereinsvorstand dorthin entsandt worden, Bürgermeister Ernst Gödl. Das Ziel ist, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik soll auf eine breitere Basis gestellt werden, der Pakt ist Planung und Umsetzung, kooperativer Arbeitsmarktpolitik. Es ist nicht mehr nur die

Angelegenheit des Arbeitsmarktservice, also des AMS und des Sozialamtes, sondern auch jetzt eine Angelegenheit zusätzlich der Sozialpartner und der NGOs, die so genannte sozialökonomische Projekte auf die Beine stellen und das auch erfolgreich tun und die sollen gemeinsam Arbeitsmarktpolitik planen und umsetzen. Die Berichte, wie Sie gesagt haben, wie kommen wir zu den Berichten, es gibt laufend Berichte an die Förderungsgeber und zwar passieren die halbjährlich. Die Förderungsgeber sind das Land Steiermark und der Europäische Sozialfonds über das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Stadt Graz selbst und die Gemeinden aus Graz-Umgebung setzen keine Mittel ein, sie arbeiten de facto nur mit, den Pakt gibt es seit dem Jahr 2002, Berichte haben die Vertreter der Stadt Graz auch immer bekommen und der Dr. Bernd Gassler, der jetzt auch mit dem Regionalmanagement Graz und Graz-Umgebung in die Herrengasse übersiedelt ist, steht jederzeit gerne auch für Auskünfte zur Verfügung und ladet auch gerne zur Mitarbeit ein. Also wo immer es Ideen gibt, soll sich keiner ausgeschlossen fühlen, bitte auch Sie und Ihre Fraktion nicht (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Danke inzwischen für diese Arbeit. Zum Berichtswesen möchte ich noch einmal dezidiert anmerken, ich würde mir hier herinnen einen Bericht wünschen für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, weil ich glaube, dass hier herinnen dem Thema mehr Aufmerksamkeit zugedacht werden sollte, das ist die eine Geschichte und dann muss ich etwas dazu sagen zum Thema Beschäftigungsentwicklung, weil das auch im Wahlkampf ständiges Thema war, Beschäftigungszuwachs. Wir haben in der Steiermark 7.417 zusätzliche beschäftigte Frauen, nicht Frauen, sondern Arbeitsplätze, die geschaffen wurden für Frauen, 990 weniger bei den Männern. Wenn man jetzt eine Arbeiterkammerstudie hernimmt, die in der letzten Zeit veröffentlicht wurde, dann gehen 100 % des Beschäftigungszuwachses bei Frauen im Bereich Teilzeit und prekärer Dienstverhältnisse einher, das heißt, eine existenzsichernde Arbeit, Beschäftigungsform oder auf die Frage, ob drei, vier geringfügige Beschäftigungen notwendig sind, um einer Frau das Überleben zu sichern, wird mit diesen nackten Zahlen über Beschäftigungszuwachs nicht Auskunft gegeben und es wird damit verschleiert, dass wir eine Prekarisierung speziell für Frauen haben und ich tu mir

schwer mit diesem Beschäftigungszuwachs von 3,7 % immer wieder zu behaupten, es blüht, es blüht insofern, als natürlich mehr Beschäftigung als Einzelzahl stattfindet, aber ob die auch existenzsichernd ist und damit nicht der Kommune zur Last fällt, weil eben durch geringes Einkommen Ausgleich geschaffen werden muss auf kommunaler Ebene, das ist damit nicht gesagt. Also das mit dem Beschäftigungszuwachs ist wirklich eine zweiseitige Argumentation und die bundespolitische Tendenz, sehr schnell in ein sehr schlecht ausgestattetes aktives Arbeitsmarktbudget Geld hineinzustecken, ist einfach aus langfristiger Sicht bedenklich, wenn es kurz vor der Nationalratswahl kommt. Wir haben ein stetig zurückgehendes Arbeitsmarktbudget in Österreich, liegen nach wie vor in Europa auf den Schlussplätzen, was die aktive Arbeitsmarktpolitik betrifft (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin, auch da von mir noch eine Antwort, weil Sie das wieder zitiert haben, es sind so viele Frauen nur teilzeitbeschäftigt. Ich habe in meinem Unternehmen 48 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind 45 Frauen. Ich habe fast von allen Frauen den Wunsch am Tisch, dass sie nur in Teilzeit arbeiten, weil sie auch eine Mehrfachbelastung haben, das immer nur darzustellen, dass das quasi eine Benachteiligung der Frauen ist, ich sehe gerade in dieser Flexibilität der Arbeitszeiten eine Chance für Frauen, dass sie zu einem Zusatzeinkommen kommen (*Applaus ÖVP*), da sollte man nicht nur die Statistik hernehmen. Und wenn Sie sagen, und da bin ich Ihnen fast dankbar, dass Sie es aufs Tablett gebracht haben, die Bundesregierung stellt 285 Millionen Euro für Arbeitsplatzmaßnahmen für längerfristige Qualifikation zur Verfügung und davon sollen 30 Millionen allein in die Steiermark kommen, das wird heute diskutiert und ich nehme auch an, dass es heute beschlossen wird.

GRin. **Krampl**: Nur ganz kurz zur Frage Beschäftigungspakt, weil Lisa Rücker das angesprochen hat, ich bin Mitglied dieses Beschäftigungspaktes und ich muss sagen, ich verstehe teilweise Ihre Kritik sehr gut. Es ist auch mir zu wenig, obwohl ich dort Mitglied bin, es geht mir, sage ich einmal, zu wenig weiter dort. Es haben alle



Mitglieder, den Pakt gibt es seit einigen Jahren, und es hat einige Zeit gedauert, bis sich der Pakt innerlich gefunden hat. Es ist ja nicht so, dass man einen Pakt gründet und auf einmal läuft das einfach, es ist darum gegangen, Strukturen zu finden, dass jedes Mitglied in diesem Pakt seine Rolle einmal findet und letztendlich ist es jetzt gelungen, zumindest ein Thema zu finden, mit dem sich der Pakt in Zukunft weiter beschäftigen wird. Das Thema ist, wo wir Chancen sehen oder zumindest alle Studien das auch sagen, dass es Chancen gibt in Zukunft, das ist der Gesundheits- und Pflegebereich und der Grund, warum ich mich jetzt eigentlich zu Wort gemeldet habe ist, dass dieser Pakt sich jetzt ausweiten wird, gerade auf diesen Bereich, das Arbeitskreis gegründet worden sind oder ein Arbeitskreis, der sich im Speziellen mit dem Bereich Gesundheit und Pflege und den Möglichkeiten der Beschäftigung in diesem Zusammenhang beschäftigen soll und da sind alle Mitglieder des Gemeinderates oder darüber hinausgehend, die interessiert an dieser Thematik sind, herzlich eingeladen, an diesen Arbeitskreisen teilzunehmen. Und ich würde, wenn es Ihnen recht ist, an alle Mitglieder des Gemeinderates eine Einladung zur nächsten Arbeitskreissitzung aussenden und wir wären sehr froh, wenn die Teilnahme sehr rege wäre, weil jeder in seinem Bereich sicher mehr dazu beitragen kann als immer dieselben Mitglieder dieses doch relativ kleinen Forums, das teilweise auch sehr schlecht besetzt ist, weil da und dort andere Termine anstehen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich muss zu dieser Teilzeitfrage jetzt noch etwas sagen. Ich weiß, dass viele Frauen sich Teilzeitarbeitsplätze wünschen, weil sie keine andere Möglichkeit haben, die Vereinbarkeit, die ja wieder und immer noch sozusagen alleine durch sie abzudecken ist, zu vereinbaren und trotzdem gibt es ganz viele Frauen, die einen Vollzeitarbeitsplatz suchen oder zumindest eine Teilzeitbeschäftigung suchen, von der sie auch leben können, nämlich eigenständig und unabhängig und diese Tatsache ist momentan am Arbeitsmarkt nicht gegeben (*Applaus Grüne*).